Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 42.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 104. **Montag, 6. Mai 1929, abends.** **82. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 7 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Unverlangter Anzeigen wird nicht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Sonntags an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Parker Gilbert.

gu. Wir erinnern uns noch, daß der letzte Jahresbericht des Reparationsagenten Parker Gilbert viel Staub aufwirbelte. Er schloß mit der Feststellung, daß Deutschland in der Lage sei, die Höchst-Annuität von 2,5 Milliarden weiterhin aufzubringen. Um so peinlicher war diese Feststellung, als gerade die Vorbereitungen zu den Sachverständigen-Beratungen in Paris getroffen wurden. Man hat nun in Deutschland versucht, die Auffassung Parker Gilberts richtig zu stellen. Freilich fand sich Deutschland dabei in einer schwierigen Lage. Er durfte nicht zu schwarz malen, da das den deutschen Kredit im Auslande untergraben konnte, es konnte aber auch auf eine Richtigstellung nicht ganz verzichten, da sonst die Auffassung von der großen Leistungsfähigkeit in Paris üble Folgen haben mußte. Die Schwierigkeit zeigte sich auch sehr bald, denn in Deutschland gab es zwei Parteien. Die eine, die gegen Parker Gilbert eiferte und die Wahrheit über unsere Lage sagte, und die zweite, die weiter Schönfärberei trieb und schließlich sogar behauptete, jetzt erhalte Deutschland keinen Auslandkredit mehr, da gewisse Kreise Deutschlands sich zahlungsunfähig erklärt hätten. Es kam zum Kampf der Meinungen in Deutschland selbst, was wir eigentlich leisten können. Und dieser Kampf dauert noch an, nachdem die Sachverständigen ihre Forderung gestellt, Deutschland sein Angebot gemacht hat. Die Mehrheit der verantwortlichen Kreise in Deutschland ist der Ansicht, schon das Angebot Schachts gehe über die deutsche Kraft. Und doch kann man hören, daß andere wiederum dem Reichsbankpräsidenten den guten Rat geben, mehr zu bieten, er dürfe unsere Spann- und Leistungskraft nicht unterschätzen. Das ist eine trostlose Zersplitterung, echt deutsch und charakteristisch. Erfreulich, wenn man in Amerika klarer sieht und kein Hehl daraus macht. Nämlich, der Bericht des Reichsbankpräsidenten wurde bekanntlich sehr bald durch den Handelsbericht korrigiert. Er sah die Lage treffender und hat denn auch in Amerika größere Beachtung gefunden, als der Jahresbericht des Reparationsagenten. Nun wurde verschiedentlich von Paris verbreitet, die Sachverständigen hätten über den Bericht Parker Gilberts die Achsel gezuckt und ihn überhaupt nicht beachtet. Das ist, unseres Wissens falsch. Diese Behauptungen versuchen nur die Anregung seitens der Reparationsagenten zu verschleiern und die Angriffe von Parker Gilbert abzuwenden.

Indessen denkt man in Amerika anders, und wie man hört, besteht tatsächlich die Absicht, Parker Gilbert abzuberufen. Man hat anscheinend das Vertrauen zu ihm verloren. Auffällig ist nun wieder, daß man in Berlin, selbst in amtlichen Kreisen, obwohl man von der Parker Gilbert-Krise weiß, den Versuch unternimmt, alles zu unterdrücken, was gegen den Reparationsagenten geschrieben werden könnte. Welche Absicht dieses Verhalten diktiert, ist nicht verständlich. Gewiß ist Parker Gilbert ein umgänglicher Mensch und guter Gesellschafter gewesen. Er hat auch auf die deutschen Verhältnisse weitgehendst Rücksicht genommen. Im entscheidenden Augenblick freilich ist er doch umgefallen. Ausgeschlossen, daß es lediglich eine Furcht vor dem Reparationsagenten sein kann, die die große Zurückhaltung empfiehlt, mit der seine Angelegenheit behandelt wird. Auffällig ist auch, daß nichts von dem bekannt wurde, was Parker Gilbert und Schacht dieser Tage in Berlin zu verhandeln hatten. Man begegnet in Berlin der Auffassung, Parker Gilbert hätte auch mit dem optimistischen Jahresbericht seine Pläne gehabt, die zugunsten Deutschlands gebogen werden sollten. Solche Auffassung aber kann nur der vertreten, der die Stimmung in Amerika mißachtet. Man will in Amerika Parker Gilbert nicht fallen lassen, weil er zu viel, sondern zu wenig für Deutschland getan hat. Auch nicht das einmal, sondern weil er nicht objektiv genug gewesen ist. Jedenfalls sind die Tage des Reparationsagenten gezählt, deshalb, weil man in Amerika glaubt, der Mißerfolg der Sachverständigen sei mit Schuld Parker Gilberts.

Rotfront-Bund in Preußen verboten.

)(**Berlin.** Wie die „Montagspost" erfahren haben will, hat der preußische Minister des Innern, Grzesinski, aufgrund der Vorgänge der letzten Tage den Roten-Frontkämpfer-Bund für ganz Preußen verboten. Das Verbot tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die amtliche Zustellung an die Leitung des Bundes, in der auch die Gründe für das Verbot enthalten sind, erfolgt im Laufe des heutigen Vormittags.

Gleichzeitig finden im Reichsministerium des Innern Beratungen über die Ausdehnung dieses Verbotes auf das ganze Reich statt. Die Entscheidung hierüber wird noch im Laufe des heutigen Tages fallen.

•

Keine Ausdehnung des Verbots von Rotfront auf das Reich.

)(**Berlin.** (Funkspruch.) Wie in politischen Kreisen verlautet, ist das Verbot des Roten Frontkämpferbundes für Preußen im Einvernehmen mit dem zuständigen Reichsministerium erfolgt. Es ist jedoch nicht beabsichtigt, das Verbot gleichzeitig auf das ganze Reich auszudehnen.

Neue Kompromißhoffnungen in Paris.

)(**Paris.** Die Vertreter der Gläubigerstaaten haben Sonnabend nachmittag eine Besprechung abgehalten. In dieser Besprechung hat der Vorsitzende der Reparationskonferenz Owen D. Young Zahlen und einen Zahlungsplan mitgeteilt mit dem Hinzufügen, daß ihm die deutsche Gruppe erklärt habe, sie sei bereit, diese Zahlen unter ganz bestimmten Bedingungen anzunehmen, wenn die Gläubigergruppen ebenfalls zur Annahme bereit seien. Die Gläubigergruppen haben die Erklärung abgegeben, daß sie den mitgeteilten Vorschlag einer sofortigen Prüfung unterziehen würden.

Diese Mitteilung wird von der Agentur Havas bestätigt, die folgende Nachricht verbreitet: Wie die Agentur Havas ankündigte, scheint ein Einverständnis innerhalb der Sachverständigenkommission auf der Grundlage des von Owen D. Young ausgearbeiteten Kompromisses erfolgen zu sollen. Im Laufe des heutigen Nachmittags hat der Vorsitzende der Reparationskonferenz den Vertretern der Delegationen mitgeteilt, daß Dr. Schacht unter gewissen Vorbehalten die Zahlen annehme, die er vorgeschlagen habe. Die von ihm formulierten Vorbehalte werden morgen vormittag schriftlich den interessierten Delegationen durch den Vorsitzenden der Reparationskonferenz überreicht werden. Auf alle Fälle kann jedoch eine Einigung nicht vor der Rückkehr des ersten französischen Delegierten Moreau nach Paris erfolgen, und das ist frühestens im Laufe des kommenden Dienstag.

•

Der angebliche Inhalt des Lösungsvorschlages Owen Young—Schacht.

* **Paris,** 5. Mai. (Telunion.) Zu der von Owen Young und Schacht vorgeschlagenen Lösung der Kriegsentschädigungsfrage veröffentlicht der Newyork Herald einen Zahlungsplan, der anfängliche Zahlungen von 1,7 Milliarden Mark vorsieht, die zunächst um 25 und dann um 50 Millionen ansteigen werden, um nach 15 Jahren die Höchstgrenze zu erreichen. Nach Ablauf von 37 Jahren würden die Zahlungen dann auf der Grundlage von 1,7 Milliarden fortgesetzt werden. Die von den deutschen Sachverständigen gemachten Vorbehalte seien rein wirtschaftlicher Natur. Das Schicksal der Konferenz hänge jetzt allein von der Entscheidung der französischen Abordnung ab. Der von Young unterbreitete Vorschlag sei von der amerikanischen Gruppe in voller Unabhängigkeit, aber unter Berücksichtigung der für beide Verhandlungsseiten maßgebenden Faktoren ausgearbeitet worden. Er sei als Ergänzung der beiden amerikanischen Denkschriften vom 28. März und 8. April anzusehen und habe dazu dienen sollen, in letzter Stunde einen Abbruch der Besprechungen ohne Einigung zu verhindern. Die Grundzüge des Vorschlages seien Dr. Schacht unverbindlich bereits während seines letzten Berliner Aufenthalts mitgeteilt worden. Offiziell habe er von dem amerikanischen Vorschlag in der Donnerstagunterredung mit Owen Young Kenntnis erhalten.

Sauerwein schreibt im Matin u. a.: Die von Schacht empfohlenen Zahlungen bedeuteten ein Kapital von 36 Milliarden Goldmark. Zwischen dem alten und gegenwärtigen Vorschlag bestehe also ein Unterschied von 10 Milliarden Mark, die zur Bezahlung der eigentlichen Kriegsschäden der Alliierten mobilisiert werden sollen. Während also die Schuld an Amerika auf 58 Jahre gedeckt sei, erhöhe Deutschland seine Zahlungen für Bezahlung der Kriegsschäden der Alliierten von 0 auf 10 Milliarden Mark, während die Alliierten 13 gefordert hätten. Der Unterschied scheine zwar auf den ersten Blick nicht beträchtlich, aber zwischen den Vorschlägen der Alliierten und dem deutschen Angebot betrage er doch jährlich etwa 150 bis 170 Millionen. Während Frankreich aber von den geforderten 13 Milliarden Mark etwas mehr als 8 Milliarden erhalten hätte, würde es nach dem neuen Vorschlag nur rund 5,5 Milliarden, d. h. etwa 36 Milliarden Papierfranken, erhalten. Man dürfe die guten Absichten Owen Youngs und die Versöhnungsanstrengungen Schachts nicht verkennen, müsse sich aber die Folgen und die Rückwirkungen der neuen Lösung vom innerfranzösischen und finanziellen Standpunkt aus überlegen. Die von Schacht in Aussicht gestellten Vorbehalte sollten nach der Versicherung Youngs keineswegs politischer Natur sein. Vielmehr soll es sich dabei um private Abmachungen über den deutschen Anteil an den späteren Gewinnen der Ausgleichsbank und über eine etwaige Herabsetzung der deutschen Auslandsschulden handeln.

Nach Ansicht des Excelsior wird die Hauptverhandlung heute Montag beginnen, nachdem Moreau und der japanische Sachverständige wieder in Paris eingetroffen sind. Das Blatt nennt den Anteil, den die Alliierten nach den neuen Vorschlägen erhalten sollen, offensichtlich ungenügend. Die Gewinne der Ausgleichsbank könnten aber in einem gewissen Ausmaß den Unterschied zwischen dem deutschen Angebot und den alliierten Forderungen ausfüllen.

Streikbeschluß des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands.

Die Ausführung hängt von den Vorständen der Organisation ab.

)(**Leipzig.** Der Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands trat gestern hier zusammen, um zu der durch die Ablehnung der Lohnerhöhung durch die Hauptverwaltung der Reichsbahn geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Nach Berichten über die bisherigen Verhandlungen und nach längerer Diskussion, in der besonders von den Funktionären Mitteldeutschlands ein sofortiger Eintritt in den Streik gefordert wurde, nahmen die Versammelten eine Entschließung an, durch die der Vorstand ermächtigt wird, im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Organisationen den Streik zu proklamieren. Nach dieser Formulierung ist also die letzte Entscheidung in die Hände der Vorstände der Eisenbahnergewerkschaften gelegt worden, die, wie verlautet, am Dienstag zusammentreten werden, um ihre weiteren Schritte zu beraten. Nach den Richtlinien der Eisenbahnerorganisationen müssen jedoch vor Eintritt in den Streik die Spitzengewerkschaften verständigt werden.

In der von der Tagung angenommenen Entschließung heißt es u. a., angesichts der vorhandenen Notlage der Eisenbahnarbeiter sei eine Aufbesserung der Löhne eine unerläßliche Notwendigkeit. Die Konferenz bedauere, daß alle Bemühungen, auf friedlichem Wege zu einem Erfolg zu gelangen, bisher vergeblich waren. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft habe durch ihre schroffe Ablehnung der bescheidenen Forderungen die Lage ungemein verschärft und die Kollegenschaft durch allerlei unangebrachte Maßnahmen geradezu provoziert. Der Vorstand werde ermächtigt, im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Organisationen den Streik zu proklamieren, nachdem alle Einigungsversuche resultatlos verlaufen seien.

Ruhiger Sonntag in Berlin.

)(**Berlin,** 5. Mai. Der Polizeipräsident teilt um 7 Uhr abends mit: Die letzte Nacht und auch der heutige Sonntag sind in den Unruhezentren Neukölln und Wedding ruhig verlaufen. Die Milderungen, die in der Handhabung des polizeilichen Schutzdienstes schon im Laufe des gestrigen Tages eingetreten sind, konnten deshalb noch erweitert werden. Die im Dienste befindlichen Beamten wurden durch andere, ausgeruhte Beamte ersetzt, sie erhielten schon gestern die Anweisung, im Gebrauch der Schußwaffen äußerste Zurückhaltung zu üben. Wo noch vereinzelte Schüsse von Aufrührern abgegeben wurden, ist nicht mit sofortigem Feuer geantwortet worden, sondern die Polizei ist gegen diese letzten Aufruhrnester mit Durchsuchung der Häuser, die die ganze Nacht offen gehalten werden müssen, vorgegangen.

Zu diesen Mitteilungen des Polizeipräsidenten erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Auch im Laufe des gestrigen Tages ist eine Anzahl von Demonstranten festgenommen und der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums eingeliefert worden, einige von ihnen wegen Nichtbefolgung und Widerstandes gegen polizeiliche Anordnungen, andere, weil sie, z. B. in Neukölln, an Stelle der verbotenen „Roten Fahne" die Zeitungen „Die rote Front" und die „Rote Sturmfahne" an die Passanten verteilten.

In einem Lokal in Neukölln wurden vier Messerstecher festgenommen, die in politische Meinungsverschiedenheiten geraten waren. Bei einem der Verhafteten fand man einen Revolver, bei einem anderen einen Gummiknüppel. Von den gestern und heute festgenommenen Personen wurden heute im Laufe des Tages rund einhundert wieder entlassen, nachdem ihre Personalien festgestellt worden waren. In fast allen Fällen handelte es sich um leichtere Delikte; die schwererer Vergehen überführten Festgenommenen werden dem Schnellrichter vorgeführt.

•

Englische Untersuchung wegen der Erschießung des Neuseeländischen Journalisten.

* **London.** (Telunion.) Im Zusammenhang mit der Erschießung des englischen Journalisten Mackay im Verlauf der Berliner Unruhen sind vom britischen auswärtigen Amt die notwendigen Schritte für die Klärung der Angelegenheit eingeleitet worden. Es handelt sich hierbei lediglich um die Aufklärung des Falles und nicht etwa um einen Protestschritt. Alle Berliner Privatberichte stimmen darin überein, daß Mackay trotz Warnungen von Polizeioffizieren sich auf eigene Verantwortung in die Gefahrzone begab.